

# Deutsch-Chinesische Nachrichten

Einzige Tageszeitung

deutscher Sprache in Ostasien

德華日報

Eingetragen als Zeitung  
auf dem Chines. Postamt.

紙之立掛特郵中  
報券號准政華

Motto:

Ohne Rücksicht auf Parteien  
Treu der alten Heimat und der neuen.

3. Jahrgang

Tientsin, Freitag, den 14. Oktober 1932.

Nummer 624

## Der Reichskanzler spricht in München

**Mahnung zur Einheit. — Gleichberechtigung Deutschlands. — Deutschland hat keine finsternen Absichten. — Verteidigung des Wirtschaftsprogramms. — Die Landwirtschaft muss geschützt werden. — Verfassungsreform. — Lob Hindenburgs. — Keine Hoffnung auf Aussöhnung der Konservativen und Nationalsozialisten. — Der Kanzler begründet den Anspruch auf Gleichberechtigung wirtschaftlich. — Scharfe Antwort an Frankreich und England.**

München, 12. Oktober (T. O. A.) Der Reichskanzler v. Papen machte am Mittwoch nachmittags einen leidenschaftlichen Aufruf zur Unterstützung der Regierung in ihrer Innen- und Aussenpolitik. Er hielt diese Rede vor den bayerischen Industriellen. In dieser Rede, die über den gesamten deutschen Rundfunk verbreitet wurde, gipfelte der Kanzlerbesuch in der bayerischen Hauptstadt, dem eine grosse politische Bedeutung beigemessen wird.

Der Kanzler bezog sich im Anfang seiner Rede auf den deutschen Kampf um internationale Gleichberechtigung. Er nannte diese Gleichberechtigung die Grundlage jeder wirtschaftlichen Erholung. Denn niemand werde Kapital in einem Lande anlegen, das hilflos zwischen schwer bewaffneten Nachbarn liegt. „Man soll uns aber nicht missverstehen. Wenn wir Gleichberechtigung und Abrüstung verlangen, haben wir nichts anderes im Auge, als eine geeinte Familie der Völker, in der Deutschland seinen rechtmässig ihm zustehenden Platz einnimmt und die gleichen Rechte geniesst wie auch die anderen Nationen.“ Im Weiteren beschäftigte sich der Kanzler mit der Kritik, welche sich gegen das von der Regierung kürzlich veröffentlichte Wirtschafts-Blüte-Programm und seine Ergänzung, das System der landwirtschaftlichen Quoten, erhoben hat. Er betonte, dass das leitende Prinzip des Wirtschaftsprogramms die Wiederherstellung eines allgemeinen Vertrauens als eines Gegengewichtes gegen den Pessimismus bilde, der alle Initiative lähme. Er behauptet, dass die psychologischen Wirkungen des Programms sich schon fühlbar machen, selbst wenn der nationalsozialistische Führer Hitler versucht sie zu schmälern.

Im Weiteren sagte der Kanzler, dass, wie sie schon früher betont habe, die Regierung nicht daran denke, Deutschland in eine wirtschaftliche Vereinzelung zu treiben; sie sei sich völlig darüber klar, dass Deutschland mit den internationalen Märkten verbunden sei. Aber trotzdem habe die Regierung es als ihre Pflicht betrachtet die Interessen des hauptsächlichsten Standes des Landes, der Landwirtschaft, durch Einführung des Quotensystems zu schützen. Er sprach die Hoffnung aus, dass der Weltwirtschaftskonferenz Erfolg beschieden sei, der sich auswirken werde in einer Abtragung der Handelsmauern und des industriellen Schutzsystems, wodurch Deutschlands Kaufkraft für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der anderen Länder sich zwangsläufig heben werde.

Unterbrochen von häufigem, stürmischem Beifall wandte sich dann der Kanzler den politischen Problemen zu und betonte die unbedingte Notwendigkeit von Verfassungsänderungen zur Grundlegung einer autoritativen, kraftvollen Zentralregierung, welche unabhängig sein müsse von Parteiinteressen und Parteiläunen. Der Kanzler erklärte dazu, dass die Regierung von den Grundsätzen der republikanischen Verfassung nicht abgehen werde, und dass sie ausserdem sich in enger Arbeitsgemeinschaft mit den Ländern an die Aufgabe machen werde. Er sagte, dass die gesamten Verfassungsänderungen dem neuen Reichstag vorgelegt werden sollen, der, wie er hoffe, sich seiner grossen Verantwortung bewusst sein werde.

In dieser Beziehung verweilte der Kanzler auf dem Dualismus und den Zuständigkeits-Störungen zwischen der preussischen und der Reichsregierung. In dieser Ausschaltung des Dualismus sieht er das wichtigste Ziel der Verfassungsänderungen.

Im Schlussteil seiner Rede kam der Kanzler auf die Rolle von Hindenburg zu sprechen, welchem er hohes Lob spendete. Er erklärte, dass das Staatsoberhaupt nicht im Entfremtesten daran denke, seinen Eid, den er für die Aufrechterhaltung der Verfassung geleistet habe, irgendwie zu verletzen. Die Nation habe allen Grund sich zu beglückwünschen, dass sie einen Mann wie Hindenburg an der Spitze des Staates habe. „Unser Reichspräsident vereint die Tugenden und den Geist der Vergangenheit mit allen Eigenschaften eines Führers, der uns in eine bessere Zukunft leiten kann. Er ist das Bollwerk des Vertrauens der Nation. Er wird darauf sehen, dass Bismarcks Vermächtnis, der Gedanke des heiligen Reiches, wiedererweckt und dem kommenden Geschlechte übergeben wird.“

Der Redner verweilt dann kurz bei den Ansprüchen der Nationalsozialisten auf die Macht und erklärte, dass am 13. August Hitler Gelegenheit gegeben war, in die Regierung einzutreten. Er hatte das aber nicht gewollt, weil er auf einer alleinigen Kontrolle bestand und sich dieses Recht anmasst, weil 230 nationalsozialistische Abgeordnete im Reichstag sitzen. Dieser Anspruch Hitlers, ihm die ausschliessliche Macht zu überantworten, wurde, wie der Reichskanzler sagte, mit vollem Recht von Hindenburg abgelehnt. Der Kanzler fügte hinzu, es bestehe keine Aussicht dazu jemals die Kluft zwischen konservativem und den nationalsozialistischem Denken zu überbrücken.

Der Kanzler endete mit der Erklärung, dass die Regierung entschlossen sei, den Befehl des Präsidenten auszuführen, nämlich das wirtschaftliche und politische Leben des Landes neu zu ordnen. „Wir wollen Vertrauen haben. Denn Vertrauen ist Brot und somit — Lebensstoff. Was auch die Parteien denken oder tun mögen, ich zweifle nicht, dass die Regierung die Massen gewinnen wird und dahin muss sie streben. Vorwärts mit Hindenburg für die Erneuerung Deutschlands!“

München, den 13. Oktober (T. O.) Der Reichskanzler v. Papen sprach Mittwoch mittags vor den bayerischen Industriellen und betonte dabei, dass die Reichsregierung sich die Wiederherstellung der vollen Souveränität und Gleichberechtigung Deutschlands in der Welt zur Hauptaufgabe gestellt habe. Er streifte auch das Abrüstungsproblem und erklärte, dass Deutschland das grosse Ziel eines einigen und brüderlichen Abendlandes vor Augen habe. Im weiteren Verlauf seiner Rede ging der Reichskanzler auf die wirtschaftlichen Massnahmen der Reichsregierung ein, wobei er im Wesentlichen die gleichen Ausführungen wie vor den westfälischen Bauern in München machte. Er lehnte dabei grundsätzlich eine Autarkie ab, was aber nicht hindern dürfe, Notstandsmassnahmen zum Schutze der Landwirtschaft zu treffen. Eine deutsche Kontingentierungspolitik (das nächste verstümmelt).

Der Reichskanzler unterstrich dabei, dass die Periode der Gesetzgebung durch den Artikel 48 abgeschlossen werden müsste. Das könne aber nur durch ein neues Verfassungswerk geschehen, eine machtvolle und überparteiliche Staatsgewalt müsse geschaffen werden und eine solche machtvolle und autoritative Regierung in die richtige Verbindung mit dem Volke gebracht werden.

München, den 13. Oktober (Havas) In seiner Rede, welche der Reichskanzler hier gestern hielt, sagt er, dass Gleichheit der Rechte in politischer und wirtschaftlicher Beziehung, wie sie das Reich jetzt fordere, eine unbedingte Notwendigkeit für den Frieden und die Brüderlichkeit des einzigen Europas sei. Er kündigte dann an, dass die Regierung dem neuen Reichstage, sobald er zusammentreten werde, einen Antrag auf Verfassungsänderungen unterbreite, unter denen sich auch die Schaffung eines Oberhauses und die Beseitigung des Dualismus zwischen dem Reich und Preussen befände.

Gegenwärtig, sagte der Kanzler, steht die Abrüstungsfrage im Vordergrund aller unserer Erwägungen. Es ist offenkundig, was sie für die wirtschaftliche Lage bedeutet. Wir fordern gleiche Rechte und gleiche Sicherheit mit allen Nationen. In der Tat, wie kann Deutschlands Aussenhandel blühen, wenn das Reich sich im Auslande nicht der gleichen Achtung erfreut wie die anderen Länder? Wer würde irgend eine Kapitalanlage in einem Lande wagen, das jeder Laune seiner Nachbarn schutzlos ausgeliefert ist?

Das ist keine rein theoretische Erwägung. Wir denken noch mit Schrecken daran, wie vor 10 Jahren der Einbruch fremder Truppen in unser Gebiet die Reichsmark ins Bodenlose fallen liess.

## Frhr. von Neurath geht vorläufig nicht nach Genf.

Genf, 13. Oktober (T. O.) Der deutsche Aussenminister Frhr. v. Neurath hat Henderson auf die Frage, ob er in der nächsten Zeit nach Genf kommen werde, geantwortet, er könne vorläufig nicht anderweitig disponieren, da die Reichsregierung eine Einladung der englischen Regierung zu einer Besprechung nach London offiziell angenommen habe.

## Die deutsche Presse über die wachsenden Schwierigkeiten Stalins

Berlin, 12. Oktober (T. O. A.) Die Ausschliessung von etwa 20 führenden Kommunisten aus der russischen Partei fällt zusammen mit der Einweihung des Dnjeprstroi Kraftwerks, das die orthodoxen Kommunisten als einen Meilenstein der sozialistischen Entwicklungspreise. Die Berliner Presse sieht in den Ausschliessungen einen Beweis der wachsenden Schwierigkeiten Stalins in seinem Kampfe mit der sogenannten rechten Opposition, welche nicht an die sozialistische Entwicklung in der heute gegebenen Linie glaubt. Die Opposition macht sich immer lauter vernehmbar und verlangt grundlegende Änderungen der Politik in Richtung einer Demokratisierung und einer Lockerung der Ketten, welche die Privat Initiative niederhalten.

Die Berliner Zeitungen geben den aufsehenerregenden Ereignissen viel Raum in ihren Blättern und betrachten die Ausschliessung der Opposition nur als eine Zwischenerscheinung im Kampfe zwischen Stalin und der Opposition, welche das Sprachrohr für die Forderungen und Wünsche der Bauernbevölkerung ist. Die „Vossische Zeitung“ erklärt, dass „kein Zweifel darüber obwalten kann, dass Stalin vor grossen Gefahren steht, dass er diese Gefahren erkennt und daher plötzlich zur Offensive übergegangen sei.“

Der „Lokal Anzeiger“ stellt sich auf den Standpunkt, dass die wirtschaftlichen Faktoren, welche der Opposition das Leben gegeben haben, sich immer weiter fühlbar machen werden trotz aller Bemühungen ihre Erscheinungen auszurotten. Die Zeitung meint, dass Russland am Vorabend schwerer Ereignisse steht.

Die „Börsenzeitung“ spricht von „einem Aufstand gegen Stalin, — den Mann aus Stahl“, dessen Entfernung von der Leitung des Staates immer das Ziel einer bedeutenden Gruppe der russischen Kommunisten-Partei sein wird.“

## Russland erkennt die Mandschurei nicht an.

Changchun, 13. Oktober (T. O.) Der sowjetrussische Generalkonsul in Harbin Slawutzki teilte mit, dass die Regierung die Aufforderung der Mandschureiregierung zur Anerkennung des Mandschurischen Staates erhalten habe, sich aber nicht in der Lage sähe, die Mandschureiregierung de facto oder de jure anzuerkennen.

## Chiang Kai-shek will seine Meinung über den Lytton-Bericht nicht äussern.

Nanking, den 12. Oktober (Reuter) Wie es heisst, hat der Oberkommandierende, General Chiang Kai-shek, eine persönliche Meinung über den Lytton-Bericht abzugeben verweigert. Er sagte, dass er sich den Beschlüssen der Führer der Regierung unterwerfen werde.

Dieses Beispiel genügt, um zu erweisen, dass wir unsere Gleichheit der Rechte erwarten und fordern, um wirtschaftlich bestehen zu können. Und das zeigt, wie sehr Unrecht die haben, welche uns zum Vorwurf machen, dass wir mit unserer Forderung nach Gleichheit der Sicherheit mit anderen Mächten nur Europas Ruhe gestört haben, und die vorgeben, dass diese unsere Forderung unzeitgemäss und unbequem sei. Ohne die Erfüllung unserer Forderungen auf Gleichheit wird die Mitte unseres Erdteiles dauernd eine Brutstätte von Unruhen sein, wird eine blutende Wunde am Körper Europas darstellen. Wir wünschen keine neue Unruhe, wir wollen kein Abenteuer oder neues Wettrennen. Unser Ziel ist ein friedliches, wohlgeordnetes Europa, dessen Ordnung sich auf die ewigen Gesetze stützt, welche die freie Entfaltung der Völker regeln. Dadurch, dass wir im Jahre 1913 die Waffen niedergelegt haben, haben diese Prinzipien fast den Todesstoss erhalten. In einem neuen unversöhnten Europa, das auf den Grundlagen des wirtschaftlichen und politischen Vertrauens beruht, muss auch Deutschland den ihm zukommenden Platz haben, der nicht schlechter sein darf als der, den die anderen Völker haben.